



GÖTTINGER BLÄTTER

06.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Parteiensystem in Bewegung – Fusionieren bald SPD und CDU?

Kommt bald der Zusammenschluss von CDU und SPD? Viele lachen oder schütteln jetzt den Kopf. Aber ist diese Fusion wirklich völlig undenkbar? Man stelle sich nur folgendes Szenario vor: Irgendwann nach der bayrischen Landtagswahl im Oktober diesen Jahres kommt es zu einem Konflikt mit der CSU innerhalb der großen Koalition. Die CSU verlässt diese und kündigt gleichzeitig die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auf, wobei sich der konservative Flügel der CDU um Jens Spahn der CSU anschließt.

Gründe gäbe es einige; darunter ziemlich heikle:

- Das neue bayerische Polizeigesetz,
- die Haltung der CSU gegenüber Migranten allgemein, auch wenn sie hier schon länger leben und zudem eine gewisse Islamo-Phobie.
- die CSU-Sympathien zu de facto autoritären Staaten wie Ungarn.
- Jede Menge umstrittene und seltsame Forderungen a la PKW-Maut.

Zwar mögen viele Positionen der CSU den bayrischen Verhältnissen geschuldet sein, faktisch besetzt aber die CSU im Konflikt zwischen einer offen-toleranten Gesellschaft versus traditionelle Wertvorstellungen und Abschottung letzteren Pol. Sie erfüllt damit im Parteiensystem eine ähnliche Funktion wie die AfD, die man damit ja auch überflüssig zu machen hofft, während sich die wichtigsten Funktionsträger ihrer Noch-Schwesterpartei CDU wie auch die SPD eher in einer wie immer gearteten Mittelposition sehen.

Anschließend wäre der Weg frei für Fusionsverhandlungen zwischen CDU und SPD als im Grundsatz ähnliche Parteien, die fest im Boden unserer kapitalistischen Gesellschaft verankert sind:

- In der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik stimmen beide Parteien

weitgehend überein. Es geht ihnen in ihrer Außendarstellung vor allem um einen Interessensausgleich verschiedener sozialer Gruppen, in der Regel mit einem gewissen Gefälle zu Gunsten der Wirtschaft, vor geblich um ein wirtschaftliches Wachstum zu erreichen.

- Beide Parteien sind sehr pragmatisch und am Mainstream orientiert. Es geht vor allem um die Beteiligung an Regierungen und der Besetzung von Positionen auf allen Ebenen. Viele aktive Mitglieder erwarten vor allem sichere Positionen.

Zwar hat die Debatte um die GroKo und die Gegenkandidatur Simone Langes gegen Andrea Nahles gezeigt, dass es eine starke Minderheit innerhalb der SPD gibt, die die SPD noch als eigenständige Partei neben der CDU sieht, aber dieser Flügel dürfte in der nächsten Zeit eher schwächer als stärker werden.

Ein Zusammenschluss beider Parteien hätte für sie den entscheidenden Vorteil, dass die neue CDU-SPD die eindeutig dominante Partei mit der Fähigkeit zum Erreichen von absoluten Mehrheiten und zudem noch mit fast allen Parteien koalitionsfähig wäre. Für den größten Teil der Mitgliedschaft sind dies die wesentlichen Argumente Pro Fusion. Eine solche Partei kann eben weiterhin wie bisher die CDU und SPD viele Positionen und Posten vergeben. Dass bis zu 20 bis 25% der SPD-Mitglieder eine solche Fusion nicht mitmachen würden, ist aus dieser Sicht verschmerzbar.

Ist diese Entwicklung wirklich so unmöglich? Vielleicht ist es etwas gewagt. Aber im Blick behalten sollte man sie. Denn was würde eine solche Entwicklung für das politische Spektrum bedeuten, zu dem die Göttinger Linke gehört? Wie viele Mitglieder z.B. der SPD würden nach

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Parteiensystem	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Forts. Parteiensystem	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
AfD im Kreistag	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2018
ist der 22. Juni.
Auslieferung am 28. Juni.

Wohnungspolitik in Göttingen

18. Juni, 19.00 Uhr, Holbornsches Haus

eine Veranstaltung der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

mehr auf Seite 10 (GöLinke)

einer solchen Entwicklung nach einer neuen politischen Heimat suchen?

Situation im Kreis Göttingen

Lohnend für uns Göttinger ist aber sicherlich ein Vergleich beider Parteien in wesentlichen kommunalpolitischen Politikfeldern vor allem auf Kreisebene im Vergleich zu linken Positionen sowie zu denen der Grünen. Die FDP bietet sich hier nicht an, weil im Zeitraum seit 2006 vor allem im Kreistag in jeder Wahlperiode sehr unterschiedliche Positionen vertreten werden, auch im Vergleich mit der Stadt.

(...) weiter auf Seite 9



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Solidarität nach Nazi-Angriff in Fretterode

Am 29.04.2018 wurden zwei Journalisten in Fretterode im Eichsfeld von Neonazis mit Messer, Baseballschläger und schwerem Schraubenschlüssel angegriffen. Neben erheblichen Verletzungen und den folgerichtigen Verdienstaussfällen, sitzen die beiden nun auch

auf den Kosten des zerstörten Autos und der geklauten Kameraausrüstung fest, da die Täter bis jetzt noch nicht zu 100% identifiziert sind. Am Mittwoch den 09.05.2018 wurde das Gutachten bekannt, das den Sachschaden am Auto auf 6.000 EUR beziffert.



Ein gut recherchierter Artikel zum Neonaziangriff bei Fretterode findet sich in der Jungle World 20/2018: <https://jungle.world/artikel/2018/20/flucht-die-gewalt>



Zeigt eure Solidarität gegen rechte Gewalt und unterstützt die beiden Journalisten nach Möglichkeit mit einer Spende:

**Umweltgewerkschaft
Sparkasse Darmstadt
IBAN: DE16508501500111098808
Verwendungszweck: Neonaziangriff
Fretterode**

► Goslar 2. Juni: So unterschiedlich sind die Vorbereitungen auf den Naziaufmarsch

1. Der Rat der Stadt Goslar sagt Nein zum Neonazi-Aufmarsch am 2. Juni in Goslar

Der Rat der Stadt Goslar hat in seiner Sitzung am 08. Mai beschlossen, den Aufruf des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus zu unterstützen. „In einer weltoffenen, demokratischen und bunten Stadt Goslar ist kein Platz für Nazi-Propaganda.“ Ferner fordert der Rat alle gesellschaftlichen Gruppen auf, den Aufruf zu unterstützen und „am 02. Juni in Form von vielfältigen und gewaltfreien Aktionen deutlich zu machen, dass Goslar weder jetzt noch in Zukunft ein Ort für Nazi-Veranstaltungen ist“. Dem Zusatzantrag von LINKEN, SPD, Grünen und Bürgerliste, der die Verwaltung beauftragt, die Fassaden des Odeon-Theaters mit Bannern mit der Aufschrift „Kein Platz für Rassismus in Goslar“ zu versehen, wurde auch zugestimmt.

2. Der Leiter der Polizeiinspektion Goslar, Peter Kriskker, und Goslars Oberbürgermeister, Oliver Junk, ließen an der

geplanten Naziaufmarschstrecke Informationsblätter für Anwohner verteilen. Darin heißt es u.a.: „Erwartet werden wenige Hundert Personen aus dem politisch rechten Spektrum, die von Polizeikräften begleitet werden. Wir versichern, dass wir als Polizei und Stadtverwaltung an diesem Tag mit einer ausreichenden Anzahl an Polizeibeamtinnen und -beamten zusammen mit vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für Ihrer Sicherheit sorgen.“ (Rechtsschreibfehler im Original). Das „Sicherheitskonzept“ sieht u.a. massive Bewegungseinschränkungen im Stadtteil Georgenberg vor. „Beim Verlassen Ihrer Wohnung sollten Sie bitte einen Ausweis mitnehmen, damit die Polizeikräfte, die an verschiedenen Stellen kontrollieren, Sie als Anwohner erkennen können.“ - Diejenigen, die nicht Anwohner sind oder am 2. Juni keine Ausweispapiere dabei haben, müssen offenbar mit polizeilichem No-Go-Area, Platzverweisen und anderen Schikanen rechnen.

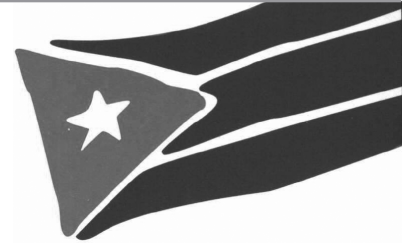
Für die Polizei und Oberbürgermeister Junk scheint der Aufmarsch der Neonazis eher ein logistisches, denn ein politisches

Problem zu sein. In ihrem Infoblatt heißt es wörtlich: „Für ein Verbot der Versammlungen gibt es keine Gründe und unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebietet ein im Rahmen der Verfassung zulässiges Versammlungsrecht für alle.“ - Offen rassistische und antisemitische Hetze von bekennenden, gewaltbereiten Neofaschisten sind nach Ansicht des Polizeileiters und des Herrn Junk offenbar keine veritablen Verbotgründe. Stattdessen wird ein Polizeikonzept gefahren, mit dem Nazis unter Polizeischutz ihre fremdenfeindliche und rassistische Hetze verbreiten und einen ganzen Stadtteil terrorisieren können.

Anders sieht es das Bündnis gegen Rechtsextremismus, das klar und deutlich verkündet: „Wir wollen in einer vielfältigen, weltoffenen und solidarischen Stadt leben. Wir wollen in einer Stadt leben, in der sich alle Menschen angstfrei bewegen können. Deshalb müssen wir diesen Nazi-Aufmarsch verhindern. Gemeinsam stellen wir uns den RassistInnen, Nazis und ihrer Menschenverachtung in den Weg!“

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlungen 20.00 Uhr Berliner Hof

12. Juni: Vorbereitung der Kulturenmesse

26. Juni: Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz

► Einkaufen auf Kuba wird billiger – mit Kartenzahlungen

Von Marcel Kunzmann, amerika21

Mehr als 4,1 Millionen Kubaner nutzen eine Girokarte bei einer der staatlichen Banken

Quelle: Thalía Fuentes/ Cubadebate

Havanna. Für viele Kubaner wird der Einkauf im staatlichen Handelsnetz demnächst etwas billiger. Die rund 4,1 Millionen Girokartennutzer der Insel können mit einem Rabatt zwischen zwei und fünf Prozent beim bargeldlosen Bezahlen rechnen. Dies gab Kubas Zentralbank unlängst bei einer Pressekonferenz bekannt. Neben den Kunden von Supermärkten und Kiosken sollen auch die Käufer von Baumaterialien und anderen Produkten von der Vergünstigung profitieren.

Jeder, der eine Girokarte bei einer der großen Bankinstitute hat, wird die Rabatte erhalten. Neben den Kunden der Banco de Crédito y Comercio (BANDEC) zählen hierzu auch die der Banco Popular de Ahorro (BPA) sowie von Havannas Banco Metropolitano (BANMET). Die Vergünstigung variiert je nach Bank und ist sowohl für Konten in konvertiblen (CUC) als auch nationalen Pesos (CUP) gültig. Neben dem besseren Service für die Käufer soll die Maßnahme auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Insel zugutekommen.



Bereits Anfang des Jahres gab Kubas Regierung bekannt, die Schaffung eines staatlichen Onlinehandels sowie anderen bargeldlosen Bezahlmöglichkeiten voranzutreiben. Die Maßnahmen sind Teil ihrer Digitalisierungsstrategie und sollen helfen, volkswirtschaftliche Kosten einzusparen, die anstehende Währungsreform zu erleichtern und durch digitale Buchhaltung der Korruption im staatlichen Handelsnetz das Wasser abzugraben.

Derzeit spielen Scheine und Münzen noch die vorherrschende Rolle auf Kuba, während bargeldlose Bezahloptionen

kaum genutzt werden. 90 Prozent aller Transaktionen mit Girokarten dienen der Auszahlung von Bargeld an einem der 936 Geldautomaten des Landes. Die Bezahlung mit der Karte hat sich hingegen noch kaum durchgesetzt, nicht zuletzt aufgrund der schlecht ausgebauten Infrastruktur und häufigen Verbindungsproblemen. Hier wollen Kubas Banken stärker gegensteuern. Für dieses Jahr ist deshalb ein Investitionsprogramm geplant, das unter anderem den Ausbau von Kartenterminals mit mobiler Datenverbindung vorsieht, die unabhängig vom Leitungsnetz funktionieren sollen.

Bundesdelegiertenkonferenz 2018: Öffentliche Veranstaltungen:

Freitag, 29. Juni, 21.00 Uhr,

Film: Das Mafiaparadies - Kuba vor der Revolution 1959

Jugendherberge GÖ, Habichtsweg 2, 37075 Göttingen: Eintritt frei

Samstag, 30. Juni: 20.00:

Peña mit Musikern aus Lateinamerika

Restaurant Potis, Kreuzberggring 70, 37075 Göttingen: Eintritt: 3,00 Euro





Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Neues Polizeigesetz stoppen

Der Rechtsruck kommt voran in der BRD. Allerdings bezieht sich der Rechtsruck nicht ausschließlich auf den parlamentarischen Einfluss der größer werdenden Fraktionen der AfD in Bundestag und den Landesparlamenten sowie ihres gesellschaftlichen Einflusses auf die Institutionen, die Gründung von Parteistiftung oder durch die Fraktionsmitarbeiter. Der Rechtsruck wird auch staatlich, von den regierenden Parteien im Sinne der herrschende Klasse bewusst vorangetrieben.

Man fühlt sich an das Buch von Emil Carlebach „Hitler war kein Betriebsunfall“ erinnert: Die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie kam schrittweise aus dem Staatsapparat. Hier und da würden unsere Rechte angegriffen und eingeschränkt bis zur Machtübertragung.

Heute werden in der „Ordnungszelle“ Bayern einige Gesetze beschlossen: Wir haben das bayerische Integrationsgesetz, das alle Menschen mit Migrationshintergrund seit drei Generationen „integrationspflichtig“ deklariert. Dort gibt es auch ein neues Polizeiaufgabengesetz, das der Polizei erlaubt, Handgranaten mitzuführen, messenger-Dienste zu überwachen und zu manipulieren. Es erlaubt darüber hinaus, Menschen bis zu drei Monate ohne gerichtlichen Urteil im Knast zu werfen, wenn die Polizei sie als „drohende Gefahr“ ansieht.

Aber Bayern ist nicht alleine bei der Novellierung von Polizeigesetzen. In NRW,

Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und auch in Niedersachsen sollen neue Polizeigesetze entstehen bzw. sind entstanden. Nur in Bremen gelang es die Grünen, diese Verschärfung abzulehnen. Die Gesetze sind dabei unterschiedlich in ihren Umfang; von Fußfesseln für sogenannte Gefährder, also Menschen, denen kein Verbrechen Polizei vorgeworfen oder gar nachgewiesen wurde, bis hin zur Verschärfung, zu versuchen, der Polizei geheimdienstliche Aufgaben zu übertragen.

In unserem Bundesland wird ebenfalls ein neues Polizeigesetz kommen. „Mit dem neuen Gesetz will die niedersächsische Landesregierung der Polizei erhebliche neue Befugnisse erteilen. Künftig reicht etwa ein Verdacht schon für harte Maßnahmen: So kann die Polizei bei Fällen von ´schweren organisierten Gewaltstraftaten´ oder Terrordelikten die Verdächtigen dazu verpflichten, elektronische Fußfesseln zu tragen. Auch darf die Polizei bereits bei Verdacht auf ´nicht geringfügige Ordnungswidrigkeiten´ unter bestimmten Voraussetzungen Videoüberwachung im öffentlichen Raum einsetzen. Auch das Abhören von Telefongesprächen und Abfangen von E-Mails und Chat-Nachrichten wird neu geregelt.“ (Netzpolitik.org) Dazu kommt die sogenannte „Präventivhaft“ (Schutzhaft) für die Gefährder in der Länge von bis zu 74 Tagen.

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Termine im Juni bitte erfragen

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

Zwei Punkte müssen uns beunruhigen, trotzdem heute der Begriff auf islamistische terroristische Gefährder beschränkt werden soll. Aber die g20-Aktionen haben gezeigt, welche Begriffe gegen uns benutzt werden können. Sprich: Auch antifaschistische Blockaden können als terroristisch eingestuft werden und Aktivisten dafür einkassiert werden. Zum anderen wollte die CDU den Begriff „Gefährder“ nicht nur auf Terrorismus einschränken, organisierte Kriminalität birgt auch Gefährderpotential.

Während in Bayern wöchentliche Massenproteste das Gesetz nicht verhindern konnten, aber dafür ein verschärftes Bewusstsein über der Charakter der CSU schaffte, gelingt es in Niedersachsen noch nicht, Vergleichbares auf die Beine zu stellen. Aber wir müssen hier und jetzt den Rechtsruck stoppen. (TI)

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD ★ KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER

JANE ZAHN ★ ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER ★ PUNK ★ LIEDERMACHER ★ RUMBIA ★ SKA

**THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN**

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



DKP
www.dkp.de

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Keine Rendite mit unserer Miete!

VertreterInnen der Mieterinitiative Grone bekamen die Möglichkeit, bei der Veranstaltung des DGB zum 1. Mai ihre Sorgen und Nöte darzustellen. Dies wollen wir hier auszugsweise dokumentieren:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe FreundInnen und Freunde!
Die Mieten in Göttingen sind in den letzten 4 Jahren durchschnittlich um 25% gestiegen. (...)

Wir sind Mieterinnen der Adler Real Estate AG in Grone und akut von untragbaren Mieterhöhungen bedroht. Deshalb sind wir sehr froh über die Gelegenheit, dies heute hier öffentlich machen zu können, denn wir brauchen Eure Solidarität!

Die Adler Real Estate besitzt in Grone ca. 1100 Wohnungen. (...) Auch, dass an die 100 Wohnungen leer standen, war anscheinend rentabel.

Wir GronerInnen haben mit Unterstützung der Göttinger Linken Druck gemacht, diesen Leerstand - grade angesichts der Wohnungsnot- nicht hinzunehmen. (...):

Die Stadt Göttingen kaufte das Belegungsrecht für immerhin 50 dieser Wohnungen. Allerdings zahlte sie dafür 50% der Sanierungskosten, das waren sage und schreibe 350.000 Euro.

Dieser Deal war schon fragwürdig genug, aber – na ja-, schließlich wurden 50

Wohnungen belegt. Und zu unserer Freude auch mit Geflüchteten. Jedoch für sehr viel höhere Mieten als bisher. Damit hatte die Adler AG ein Bombengeschäft gemacht und nun Blut geleckt.

Nur ein ¼ Jahr später gab es für uns alle noch eine saftige Mieterhöhung um pauschal 40 Euro. (...)

Kurz vor Weihnachten traf uns der nächste Hammer: Wir wurden mit den Nebenkostenabrechnungen 2016 beschenkt Aber: Diese Abrechnungen waren zum großen Teil falsch! ...

Ja, und demnächst kommt's nochmal richtig dicke und wird nicht nur uns MieterInnen der Adler AG betreffen, sondern langfristig ganz Göttingen:

200 neue – nur teure- Penthousewohnungen soll es geben! Aber die Kosten für z.B. Aufzüge, die aus baurechtlichen Gründen durch die Aufstockung unserer Häuser dann erforderlich werden, sollen wir tragen!

Auch plant Adler z.B. bereits vorhandene Balkone im Rahmen einer allgemeinen Modernisierung schick zu machen und zu erweitern. Von uns will das aber keiner!

Am Ende des Übels drohen uns dann ca. 2,- Euro mehr Miete pro Quadratmeter. Das bedeutet, dass sich die meisten NachbarInnen das Leben im schönen vielfältigen Grone nicht mehr leisten können, weil sie schon jetzt am Existenzminimum leben. Aber wo sollen die dann alle hin?

Wir wollen dieser bedrohlichen Entwicklung nicht tatenlos zuschauen. Deshalb haben wir uns zu einer MieterInneninitiative zusammengeschlossen und fordern:

Erstmal soll die Adler AG die Häuser instandsetzen, bevor teuer modernisiert wird! (...)

Mit den Vorhaben der Adler AG wird das grade beschlossene kommunale Handlungskonzept für bezahlbaren Wohnraum unterlaufen. Zwar soll dieses Konzept bewirken, dass bei größeren Bauvorhaben 30% Sozialwohnungen entstehen. Aber: Es lässt Ausnahmen zu in Gebieten, wo ein hoher Anteil der BewohnerInnen sowieso schon arm dran ist.

Deshalb plant die Adler AG in Grone teuer zu bauen und teuer zu modernisieren. Dies zeigt, dass man mit Schrottimmobilien gerade jetzt richtig Geld machen kann. ...

Was lernen wir daraus?

Sozialer Wohnungsbau gehört nicht in private Investorenhand!

Und: Kommunale Immobilien wie z.B. das Goethe-Institut dürfen auf keinen Fall verkauft werden!

Keine Rendite mit unserer Miete! Denn das raubt uns die Lebensgrundlage!

Grone:

▶ Hundekot-Beutel statt Mieterbroschüre

Der Ortsrat Grone lehnte auf seiner April-Sitzung die finanzielle Unterstützung einer Mieterbroschüre mit Stimmen der SPD ab. Später beschlossen die BürgervertreterInnen die finanziellen Aufwendungen für das Aufstellen von Hundekot-Beuteln. Hendrik Falkenberg gab dazu eine Pressemitteilung heraus, die wir hier dokumentieren:

Der Ortsrat Grone hat mit den Stimmen der SPD die finanzielle Unterstützung einer Mieterbroschüre abgelehnt. Der Verein „IN Grone“ hatte einen Zuschuss für eine Mieterbroschüre gestellt, in der er die Rechte von Mietern, die von Kündigungen, Sanierungen oder Modernisierungen betroffen sind, in

kurzen Zusammenfassungen darstellen und flächendeckend verteilen will. Sogar eine Übersetzung in „einfache Sprache“ ist vorgesehen, da viele MieterInnen in Grone das Juristendeutsch nur schwer verstehen.

Mit der etwas fadenscheinigen Begründung, dass die WählerInnengemeinschaft

Göttinger Linke im Rat der Stadt bereits den Antrag gestellt habe, dass Hartz IV-EmpfängerInnen die Mitgliedsgebühr im Mieterverein für ein Jahr bezahlt bekommen sollen, lehnte die SPD im Ortsrat diese weitere Information für MieterInnen ab.

Hendrik Falkenberg nach der Sitzung: „Die SPD hat überhaupt nicht verstanden, dass es nicht nur um Hartz IV-EmpfängerInnen geht, sondern hunderte MieterInnen, die ihre Miete heute noch selbst zahlen können, nach dem geplanten Mieterhöhungen durch die Adler Real Estate genau hierzu nicht mehr in der Lage sein werden. Die beiden VertreterInnen der Grünen konnten leider sich nur zu einer Stimmenthaltung durchringen.“

Beschlossen aber wurde vom Ortsrat, Behälter für Hundekot-Beutel aufzustellen und zu bestücken! Falkenberg: „Hier hat die SPD offensichtlich Schwerpunkte gesetzt.“



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Nächste Mitgliederversammlung nach den Sommerferien

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Juni, 19 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen
Schwerpunktthema: Ursachen des Insektensterbens und die Folgen auf den Menschen
Referent: Dr. Jürgen Endres, Biologe und Vorsitzender des Nabu Dransfeld

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Juni 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Kurt Saalman (vgl. Adressenspalte) erfragen.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Termin steht bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Veranstaltungen :

Soziale Interessen und Programm der AfD

Donnerstag, 14. Juni 2018, 19:00 Uhr

im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg
mit Ralf Beduhn, Pädagoge und AfD-Experte.



KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalman, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Mörderische Festung Europa: Abschottung um jeden Preis

Von Sabine Lösing

Die EU bezeichnet sich selbst als Raum der Freiheit und des Rechts. Leider wissen wir alle, was hier unter Freiheit verstanden wird: es ist die Freiheit des Kapitals. Man versteht darunter die neoliberale Freiheit; die Freiheit ein neoliberales Wirtschaftsmodell ungehindert global und auf allen Ebenen durchzusetzen. Dass diese Politik die Ökonomien und in deren Folge die Sozialstrukturen in den Ländern der vormaligen „Dritten Welt“ zerstört wird billigend in Kauf genommen, ja sogar forciert.

Wie gesagt, sieht sich die EU auch als Raum des Rechts und es werden die humanistischen Werte, die christlich-jüdisch-abendländischen Werte für die die EU mit ihrer Politik angeblich einstünde, nach vorne gestellt. Doch mit Blick auf die sogenannten „Migrationspartnerschaften“, die mit Ländern abgeschlossen werden aus denen Menschen aufgrund von Armut, Ausbeutung und Krieg fliehen, spielen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit anscheinend keine Rolle mehr. Es geht darum die Menschen auf jede Art und Weise von der Flucht aus ihren Heimatländern abzuhalten und die EU- Außengrenze immer weiter in die „Partnerländer“ zu verlagern -Stichwort: Externalisierung des europäischen Grenzschutzes. Im Klartext bedeutet das, dass immer mehr Entwicklungshilfefelder missbraucht werden, um repressive Regime und Diktatoren bzw. deren Militär - und Polizeiapparate massiv zu unterstützen und aufzurüsten. Das geschieht momentan vor allem in Nordafrika und in der Sahelregion. Diese von der EU gesponserten Repressionsmittel werden gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt, um zuallererst die Menschen von der Flucht abzuhalten oder aber Geflüchtete daran zu hindern europäische Länder zu erreichen.

Ein Beispiel für diese zynische und perfide EU-Politik ist der Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela

Merkel im Oktober 2016. Gleich nach ihrem Staatsbesuch wurde im Niger damit begonnen, die nigrische Armee gezielt an Wasserstellen zu positionieren, die vor allem von Geflüchteten auf ihrem Weg durch den Niger aufgesucht wurden. Resultat dieser Aktion war und ist, dass die Menschen gezwungen sind ihre Route zu ändern, um nicht vom Militär oder Polizei verhaftet zu werden. Dies führt wiederum dazu, dass viele Geflüchtete riskantere Routen wählen und oftmals in der Wüste verdursten. Jetzt haben wir also nach dem Massengrab Mittelmeer ein neues Massengrab: die Wüsten! Aber auch der schändliche Deal, den die Europäische Union mit Erdogan gemacht hat, zeigt, wie absurd diese ganze Politik ist. Milliarden Euro werden an die Türkei bezahlt, in ein Land, das sich weit von einem Rechtsstaat entfernt hat - und an eine Regierung die wiederum durch die völkerrechtswidrigen Angriffe auf Afrin dafür sorgt, dass wieder zigtausende Menschen in die Flucht gezwungen werden.

Gleichzeitig wird immer vollmundig gesagt: „Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen!“ Da sind wir uns alle einig. Aber was bedeutet Fluchtursachen bekämpfen im Sinne der EU?

Wenn man es genau nimmt so ist die eigentliche Interpretation der EU Fluchtursachen zu bekämpfen, die Möglichkeit zu bekämpfen, dass Menschen überhaupt flüchten können. Anstatt die zerstörerische EU-Politik zu ändern, das heißt Armut und Perspektivlosigkeit vor Ort tatsächlich zu bekämpfen, werden die Flüchtenden aktiv bekämpft mit immer mehr Geld, immer höheren Mauern und immer mehr Militär!

Es ist Fakt, dass Armut Ursache von Gewalt und Bürgerkriegen ist. Es ist ebenfalls ein Fakt, dass die EU maßgeblich an der Ausbeutung und Verarmung des globalen Südens mit beteiligt ist und seinen Reichtum darauf begründet. Und es ist ein weiterer Fakt, dass die derzei-

tige EU-Politik die daraus resultierenden Konflikte immer mehr militärisch unter Kontrolle bringen will.

Doch es sind gerade diese EU- Kriegspolitik zusammen mit den immer weiter steigenden EU -Rüstungsexporten, die für eine weitere Destabilisierung sorgen und noch mehr Menschen zwingen ihre Heimat zu verlassen. Solange es keinen radikalen Politikwechsel gibt, die EU Armut und Kriege befeuert, werden Menschen auch in Europa Schutz suchen. Ganz im Sinne der Gruppe Lampedusa Hamburg, die auf Demonstrationen immer skandieren: „They make war and war makes refugees“!

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de



in Zusammenarbeit mit Jacqueline Andres von der Informationsstelle Militarisation ist jetzt die dreizehnte Broschüre aus der Reihe „Informationen zu Politik und Gesellschaft“ erschienen:

Militärstützpunkte am Mittelmeer: Kriegslogistik, Machtpolitik und Widerstand

Die Printversion kann kostenlos im Europabüro in Hannover bestellt werden: hannover@sabine-loesing.de



DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

KMV in Herzberg –

► Vorbereitung des Parteitags

Am 14. Mai trafen wir uns im Alevitischen Kulturzentrum in Herzberg, in dem auch die Ortsmitgliederversammlungen des OV Altkreis Osterode stattfinden.

Immerhin waren knapp fünfzehn Personen, darunter auch zwei Herzberger Neumitglieder anwesend. Für unser leibliches Wohl wurde eine leckere Linsensuppe mit frisch gebackenem Brot serviert. Zu Beginn berichtete Ilyas Cangöz von der Bedeutung des Zentrums für die alevitische Gemeinde im gesamten Altkreis Osterode. Es gebe den verbreiteten Irrtum, das Alevitentum gehöre zu den muslimischen Religionen. Tatsächlich sei es aber eine mindestens 5.000 Jahre alte Naturreligion. Bei ihr stehe das Leben vor dem Tod im Mittelpunkt. Für sie gebe es kein Leben nach dem Tod.

Schwerpunkt der Versammlung war die Vorbereitung des Leipziger Parteitages. Der Leitantrag des Parteivorstan-

des gefiel den Anwesenden, die sich dazu äußerten, inhaltlich insgesamt auf den ersten Blick. Aus dem Rahmen des eigentlich allgemein gehaltenen, sich auf die gesamte Republik beziehenden Leitantrags fiel lediglich ein isolierter, allzu konkreter Satz, der sich ausschließlich positiv auf die Beteiligung an der Landesregierung in Berlin bezog. Weder von den nach wie vor auf die Bevölkerung abgewälzten Kosten der Wasserprivatisierung, der ebenso zu deren Nachteil gestalteten Rekommunalisierung oder der Wohnungspolitik noch von der jetzt geplanten Schulprivatisierung war die Rede. Weiterhin diskutierten wir ausführlich darüber, ob es angemessen ist, dass dieser Leitantrag „Partei in Bewegung“ so postuliert, als würden DIE LINKE und ihre Mitglieder sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt intensiv und ausreichend an den verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen beizuspielsweise für grundlegende Ände-

rungen in der Pflege und auf dem Wohnungsmarkt beteiligen. Dies kann durchaus noch besser werden. Durch mehr Bewegung in der Gesellschaft, auch unterstützt durch DIE LINKE und ihre Mitglieder, sollte eine Stimmung entstehen, in der mehr Menschen DIE LINKE wählen. Aber was wäre dazu notwendig, damit dies zur Realität wird? Zur Unterstützung des Ortsverbandes Altkreis Osterode wurde vereinbart, dass für Straßenaktionen auch eine Unterstützung durch Genoss*innen aus Göttingen organisiert werden solle. Zuletzt prüften die Anwesenden den Antrag „Fragend schreiten wir voran“ des Forums demokratischer Sozialismus (FdS). Der Titel lehnte sich deutlich an das Motto der Zapatisten in Mexiko an, die sich gegen neoliberale Gewalt zur Wehr setzten. Der Antrag forderte aber die Einrichtung einer Programmkommission zur Überprüfung und dann mittelfristig Ersetzung des Erfurter Parteiprogramms, welches bisher die klaren Positionen gegen die Beteiligung der LINKEN an Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Sozialabbau und Privatisierungen abgesichert hatte. Eine Aufweichung der grundlegenden Forderungen des Parteiprogramms wurde aber von den Teilnehmern abgelehnt, wobei sich der eine oder andere Aktualisierungen vorstellen konnte. (E.S.)

Veranstaltung Umverteilung gut besucht –

► Grüne, danke für die Werbung!

Am 23. April fand die Veranstaltung zum Thema Umverteilung im Apex statt mit Referent*innen aus dem Landesverband der LINKEN zum Thema Gesundheitssystem und Steuerpolitik. Am Pranger stand also neoliberale Politik: Steuersenkungen für die Reichsten, Privatisierungen und dadurch immer höhere Kosten und schlechte Versorgung mit Gefahr für Leib und Leben für die Bevölkerung.

Ausgerechnet die Grünen, ohne die die größte Umverteilung von unten nach oben in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht möglich gewesen wäre, hatten im Vorfeld mit ihrer verlogenen Kritik an dem Bundestagsabgeordneten Diether Dehm dafür gesorgt, dass die

Veranstaltung mehrfach in der Zeitung angekündigt wurde, das Thema Vermögensteuer auch über die Medien präsent wurde und über 40 Personen teilnahmen.

Die Versammlung selbst verlief ohne Störungen und große Kontroversen. Die Einführung gab Diether Dehm. Als Millionär beschrieb er die Forderung der Volksinitiative Vermögensteuer als dringend umzusetzen. Er habe in den letzten Jahren erlebt, wie Steuern für Vermögende wie ihn und Menschen mit höheren Einkommen Schritt für Schritt gesenkt worden sind, wobei gleichzeitig die öffentliche Armut, also die Armut der öffentlichen Kassen wuchs. Für Krankenhäuser, Schulen, Straßenbau, öffentlichen Verkehr fehlt so das Geld.

Inzwischen wird immer mehr Menschen bewusst, wie sehr sie unter schlecht finanzierter öffentlicher Daseinsvorsorge leiden. Wo gegengesteuert werden muss, greifen die Kommunen auf Erhöhung von Zusatzzahlungen und Beiträgen zurück. Andreas Brändle vom KV Hannover zeigte weitere steuerpolitische Zusammenhänge auf, die noch einmal eindrucksvoller belegten, wie alle Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte Reichtum durch noch mehr Geldgeschenke belohnt haben. Inzwischen haben die 45 Reichsten so viel wie eine Hälfte der Gesamtbevölkerung. Eine Erläuterung des LINKEN Steuerkonzepts schloss diesen Teil ab. Landesvorstandsmitglied Rita Krüger aus Hildesheim berichtete, wie sie als Psychotherapeutin für Kinder- und Jugendliche die Spar- und Privatisierungspolitik in den Krankenhäusern selbst miterlebt hat, aber auch, wie das Bündnis „Pflege am Boden“ sich dagegen formiert. (E.S.)

(...) Fortsetzung „Parteiensystem in Bewegung – Fusionieren bald SPD und CDU?“ von Seite 1

Auch eine kommunalpolitische Betrachtung der AfD wäre sicherlich interessant, wenn sie denn überhaupt irgendwelche politischen Positionen im Kreistag vertreten würde, zudem hat sich ihre Kreistagsfraktion aufgelöst, im Göttinger Stadtrat ist sie nicht vertreten. (Zur AfD im Kreistag. S.)

Sozialpolitik/Umsetzung von Hartz IV:

Unterschiede zwischen CDU und SPD sind hier nicht feststellbar. In der Umsetzung von Hartz IV durch die Optionskommune Landkreis Göttingen glaubt man wie auf Bundesebene ernsthaft, dass die Erwerbslosigkeit individuelle Ursachen hat und die Probleme vor allem bei den Betroffenen liegen. Im Zweifelsfalle müssen diese eben wie unmündige Kinder durch Sanktionen diszipliniert werden. Bei der Übernahme der Mietkosten geht es beiden Parteien darum, möglichst wenig Geld auszugeben.

Die Grünen tragen dies im wesentlichen mit, wobei es allerdings Teile der Grünen gibt, die gegenüber dem Hartz-IV-Regime ein gewisses Unbehagen empfinden.

Auch im Stadtrat unterscheiden sich die Positionen trotz allen Oppositionsgehabes der CDU in diesem Kernpunkt neoliberaler Politik nicht wesentlich.

Linke Politik besteht hier darin, die Interessen der betroffenen Hartz-IV-Empfänger*innen zu vertreten, im Gegensatz zu SPD, CDU, Grünen, der FDP und der AfD.

Schulpolitik/neue IGS:

Wenn man an die lebhaften schulpolitischen Debatten in früheren Landtagen auch in anderen Bundesländern denkt, herrscht hier erstaunliche Einigkeit: Wesentliche Entscheidungen wurden im Konsens zwischen CDU, SPD und Grünen getroffen. Hier orientiert man sich an der Macht des Faktischen. In der Stadt Göttingen wurden so im Konsens Haupt- und Realschulen geschlossen, die Gymnasien aber nicht angetastet.

Außerhalb des Göttinger Umlandes wird allerdings gemeinsam das dreigliedrige Schulsystem verteidigt, Integrierte Gesamtschulen werden nicht eingerichtet. Um dies etwas abzumildern, wurde den Schüler*innen aus den Samtgemeinden Radolfshausen und Dransfeld ermöglicht, Göttinger Schulen zu besuchen.

DIE LINKE und ihre Gruppe versuchten bisher vergeblich, neue Gesamt-

schulen auch außerhalb des Göttinger Umlandes einzurichten.

In einer Frage hatte es zwischen CDU und SPD einen Dissenz gegeben: Immerhin hatte sich die CDU zusammen mit den anderen Oppositionsparteien gegen Schulschließungen im Osteroder Raum gestellt. Bisher war dies auch aufgrund der Opposition einzelner SPD-Ortsverbände erfolgreich.

Ökologie:

Hier ist die Situation noch vergleichsweise kontrovers, seitdem die CDU sich ausschließlich den Interessen derjenigen verschrieben hat, die wie die konventionelle Landwirtschaft oder Holzindustrie, Natur vor allem als Ausbeutungsobjekt betrachten. Während sich Grüne, LINKE und ihre Gruppe im wesentlichen Pro Naturschutz positionieren, lässt sich die Rolle der SPD als Mittelposition beschreiben. Auch bedingt durch die Kreistagsgruppe mit den Grünen, stützt sie in der Regel die Position der grünen Dezernentin, jedoch wurde auch schon aufgrund wirtschaftlicher Interessen ein von der Dezernentin geplantes Naturschutzgebiet bei Adelebsen von CDU und SPD gemeinsam verhindert oder sich für einen überflüssigen „Harzring“ als vierspurige Autobahn durch den Harz eingesetzt.

Erinnerungskultur:

Nicht zu glauben sind Entwicklungen auf diesem Gebiet: Nachdem vor mehr als zehn Jahren im Konsens aller Parteien die wissenschaftliche Untersuchung von Zwangsarbeit während des NS-Regimes ermöglicht wurde, wehrt sich seit einigen Jahren ausgerechnet die SPD massiv gegen zusätzliche Förderungen und nimmt sogar die Einstellung der Zwangsarbeiterausstellung in Kauf. Die CDU unterscheidet sich hier nicht von der SPD. Auch die Grünen setzen sich entgegen ihres Wahlprogramms nicht für eine Erinnerungskultur ein. Im Kreistag ist dies ausschließlich Interesse der LINKEN und ihrer Gruppe. Offenbar ist man sich der Sensibilität dieses Themas nicht bewusst.

Beschäftigteninteressen:

Auch hier sieht es vergleichsweise finster aus, Unterschiede zwischen SPD, CDU und Grünen sind nicht auszumachen. Man sieht sich halt als Arbeitgeber, der den Kostenfaktor Beschäftigte möglichst gering halten will. Wenn man Beschäftigte durch Ausgründungen austricksen kann,

umso besser. Es wäre aber falsch zu behaupten, diese Parteien hätten gar kein Mitgefühl für Beschäftigte. Das haben sie. Es beschränkt sich eben auf die höheren Einkommensgruppen. Für die anderen fühlt sich offenbar ausschließlich DIE LINKE und ihre Gruppe zuständig.

Flüchtlingspolitik:

Auch hier zeigt sich bei SPD und CDU in Göttingen weitgehende Übereinstimmung im Umgang mit Geflüchteten. Im Gegensatz zur Göttinger Linken setzt man hier entgegen den Widerstand der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer auf Massquartiere wie die Göttinger Siekhöhe und schließt alternative Unterkünfte.

Was trennt die Parteien eigentlich noch?

Im Kreistag geht es soweit, dass die CDU schon in den letzten Jahren als Oppositionspartei den Haushalt mit verabschiedet hat. In der Stadt Göttingen mag dies zwar noch etwas anders sein, aber ein Unterschied in wesentlichen Fragen ist hier nicht auszumachen.

Auch in einzelnen Gemeinden des Landkreises gehen die Gemeinsamkeiten recht weit: So bilden in der Gemeinde Walkenried SPD und CDU eine gemeinsame Gruppe im Rat und treiben die Fusion mit anderen Gemeinden voran. (vgl. GöBlä 5/2018, S. 9)

Die Politik der seit 15 Jahren erfolgreichen permanenten Annäherung zwischen SPD und CDU schlägt auch in Göttingen voll durch. Eine linke Oppositionskraft wird erfolgreich sein und stärker werden, wenn sie weiterhin eine klare und deutliche Alternative zur CDU-SPD darstellt.

(E.F.)





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Wie wird die Göttinger Linke bunter?

Bald gibt es sie wieder: Das bunte Fest auf dem Rathausplatz, die Kulturenmesse auf dem Kaz-Platz, in Grone ein Jubiläumsfest für den multikulturellen Stadtteil – lauter Gelegenheiten, um im Sommer das internationale Flair Göttingens besonders zu genießen.

Im Sommer letzten Jahres wurde ein neuer Integrationsrat gewählt, für den leider keine linke Liste kandidiert hat, wie in früheren Jahren üblich.

Die Mitglieder der Göttinger Linke sollen in diesem Sommer nicht nur die bunten Feste besuchen. Sondern z.B. auf den „neuen“ Integrationsrat zugehen, um sich auf politischer Ebene kennenzulernen.

Wir würden erfahren, welche Themen dort aktuell sind und ob es Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt.

Auch war im SprecherInnenkreis schon im letzten Jahr die Idee aufgetaucht, man könne „alte“ GenossInnen mit Migrationshintergrund, die sich aus der aktiven politischen Arbeit zurückgezogen haben, mal wieder ansprechen. Z.B. zu einem Ehemaligentreffen einladen, warum nicht?

Gerne können weitere Ideen eingebracht werden! Bei allen Themen, die uns grade unter den Nägeln brennen, brauchen wir mehr MitstreiterInnen. Je vielfältiger, umso besser!

Neue Wohn-Gemeinnützigkeit – Alternative für Göttingen?

Das „kommunale Handlungskonzept zur Wohnraumbeschaffung“ ist noch nicht in Kraft, doch schon jetzt gibt es viele Fragen zu den dort genannten Ausnahmen. Ist es das „Ende der Fahnenstange“ für den kommunalen Wohnungsbau? Oder brauchen wir neue Konzepte, um „bezahlbaren“ Wohnraum zu erhalten bzw. neu zu bauen?

Diskussion mit:

Hendrik Falkenberg, Göttingen

Mtgl.d. Ortsrates Grone

Das Kommunales Handlungskonzept - Darstellung und Kommentierung des aktuellen Handlungskonzeptes

Jan Kuhnert, Hannover,

Vorstandsmitglied der Wohnraumversorgung Berlin –
Anstalt öffentlichen Rechts

Gemeinnützigkeit beim Wohnungsbau - Darstellung und Vision gemeinnütziger Gesellschaften, Vereine und Stiftungen zum Zweck des Erhalts und Neubau bezahlbaren Wohnraums

Montag., 18. Juni 19.00 Uhr

Holbornsches Haus, Rote Str. 34

Eine Veranstaltung der Ratsfraktion WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 6. Juni, 19.00 Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema: **Kommunale Unternehmen in privater Rechtsform**

Die Zeiten, in denen kommunale Unternehmen Teil des öffentlichen Haushalts waren, sind lange vorbei. Heute besitzen die meisten öffentlichen Unternehmen die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Mandatsträger haben sich dadurch erheblich verschlechtert. Zudem werden vermehrt privatwirtschaftliche Kriterien bei der Betriebsführung in den Vordergrund gestellt, anstelle einer Ausrichtung an nicht-profitorientierten, öffentlichen Zielsetzungen. Dies führt vielfach zur Gefährdung des Bestandes wichtiger Einrichtungen. Auch führen Ausgliederungen zu Verschlechterungen von Beschäftigungsbedingungen bis hin zu Arbeitsplatzverlusten.

Am Beispiel der Kreismusikschule ist gegenwärtig zu verfolgen, zu welchen negativen Konsequenzen die Ablehnung einer Bezuschussung durch die öffentliche Hand führen kann. An Hand dieses und weiterer Beispiele öffentlicher Unternehmen im Landkreis Göttingen wollen wir Alternativen zur gängigen Praxis diskutieren.

Dankeschön an die Geflüchteteninitiativen!

Sie zeigen die Fantasielosigkeit der Stadtverwaltung beim Problemlösen.

Den Betrieb der Massenunterkunft Siekhöhe bis Ende April nächsten Jahres zu verlängern. Darum ging es bei der Sozialausschusssitzung des Stadtrats am Dienstag, 15. Mai. Vor mehreren Jahren, Ende 2015/Anfang 2016 setzte der Oberbürgermeister diese fensterlose Lagerhalle, mit 14-Personen-Verschlägen ohne Decken mit dem Argument als Massenlager durch, es sei eine angesichts der vielen Geflüchteten notwendige, vorübergehende Notlösung. In der Zwischenzeit sind aber andere, für die Integration von Geflüchteten aufgrund ihrer Lage und baulichen Grundstruktur viel besser geeignete Unterkünfte geschlossen worden. Argument dafür war vor einigen Monaten: Für die Siekhöhe liefen Verträge, an die die Stadt gebunden sei. Dazu gehörte nicht nur der normale Mietvertrag bis zum Jahr 2021 (37.000 Euro/Monat), sondern auch der Vertrag mit Rotem Kreuz, Security usw., der deutlich höhere, zusätzliche Kosten verursachte (rund 200.000 Euro/Monat) und erst Ende Oktober 2018 auslief. Genau dieser Vertrag sollte nun, in dieser Sozialausschusssitzung bis Ende April 2019 verlängert werden! Wieder sollten also vollendete Tatsachen geschaffen werden, so dass die Gefahr stiege, dass wieder andere Unterkünfte geschlossen und die am schlechtesten zum Wohnen geeignete Unterkunft, die Siekhöhe, bald als eine der letzten übrigbliebe. Es war klar, dass diese Pläne bei Geflüchteteninitiativen und sehr vielen Göttinger Bürger*innen Empörung auslösten.

Das Besondere an dieser Sitzung war nicht nur, dass über 150 engagierte Zuhörer*innen aus dem Umfeld der Geflüchtetenolidarität dabei waren, darunter auch betroffene Geflüchtete, die teilweise unter Tränen davon berichteten, wie unerträglich das Leben dort ist. Dieser Druck war schon im Vorfeld der Sitzung zu spüren. Der Ausschussvorsitzende beschloss aufgrund der großen Nachfrage zum Thema, die Sitzung in den großen Ratssaal zu verlegen. Außerdem wurde dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen und ebenfalls die Bürgerfragestunde auf den gleichen Zeitpunkt vorverlegt. Die Initiativen brachten sogar ein Maßnahmenpaket mit, welches ermöglichen sollte, den Betrieb der Siekhöhe quasi sofort zu beenden. Dieses Paket war der Presse schon im Vorfeld der Sitzung vorgestellt worden.

Das Ergebnis der Sitzung soll schon vorweggenommen werden. Der Ratssaal wurde durch die Polizei geräumt, weil der Ausschussvorsitzende es ablehnte, dass an Ort und Stelle Arbeitsgruppen eingerichtet würden, um sicherzustellen, dass Alternativen zum Wohnen statt der Siekhöhe sofort gefunden werden. Die offizielle Sitzung wurde in einem kleinen Saal beendet, ohne die Anwesenheit der Flüchtlingsunterstützer*innen. Bis auf den Vertreter der Göttinger Linken stimmten alle stimmberechtigten Ausschussmitglieder zu: Nicht nur bis Ende April 2019, wie ursprünglich beantragt, sondern sogar bis Ende Juni 2019 soll das Lager Siekhöhe weiter betrieben werden. Eine Verlängerung über diesen Termin hinaus sei aber ausgeschlossen – „wenn dann nicht besondere Umstände einen Weiterbetrieb wieder als Notlösung erfordern“, will man da unwillkürlich ergänzen.

Aus dem Maßnahmenpaket der Geflüchteteninitiativen, um die Siekhöhe zu schließen:

Das Nebengebäude des Fridtjof-Nansen-Hauses, welches das Goethe-Institut als Wohnheim für seine Schüler*innen genutzt hatte, soll auch die Stadt als Wohnheim nutzen. Die Verwaltung sagt, dass sich das nicht lohne, will es stattdessen sogar unter Wert verkaufen. Uns ist aber lediglich eine absurde, vorläufige Abschätzung der Städtischen Wohnungsbau bekannt, dass es nahezu Neubaukosten verursache, wenn man aus dem Wohnheim ein Gebäude mit normalen Einzelwohnungen machen wollte. Dann sollte man es doch einfach als Wohnheim weiter nutzen! Für Geflüchtete, für Studierende, für andere Menschen mit relativ kleinem Geldbeutel, die dringend eine Bleibe suchen. **Auszugswünsche von Bewohner*innen der Siekhöhe sollen nicht mehr mit dem Argument abgelehnt werden, dass die Wohnung, die sie gefunden haben, ein paar Euro zu teuer sei.** Sehr nachvollziehbar. Verursachen doch die Plätze in der Siekhöhe deutlich höhere Kosten als die offizielle Angemessenheitsgrenze für eine eigene Wohnung entsprechend den Kriterien für Kosten der Unterkunft. **Die ehemalige Voigtschule soll wieder als Unterkunft genutzt werden. KAZ und Junges Theater sollen die Siekhöhe nutzen.** Sehr richtig! Denn direkt neben der Autobahn in einer fensterlosen Lagerhalle kann man trommeln, kann man auch Theater spielen, aber nicht wohnen! Dies sind nur wenige Maßnahmen des Gesamtpakets. Die Stadt lehnt sie bisher ab. Schon daran sieht man, wie wenig die Stadt Willens ist oder Fantasie hat, dafür zu sorgen, dass Göttingen nicht mehr Lagerstadt sein soll. Mit dem gleichen „Elan“ geht sie an die Aufgabe heran, bezahlbaren Wohnraum für viele in öffentlicher Hand zu schaffen.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

► AfD im Kreistag – Gibt es die überhaupt?

Wir erinnern uns an die Kreistagswahl 2016: Mit einem Ergebnis von 5,4% wurden gleich vier Abgeordnete der AfD gewählt, somit einer mehr als DIE LINKE erreichte.

Einer, der Walkenrieder Phillip Göthel, wurde aber erst gar nicht in die Fraktion aufgenommen, nachdem dessen Vergangenheit in der nazistischen Aktionsgruppe Nordhausen in der Presse bekannt gemacht wurde. Also waren es nur noch drei.

Durch Losglück erlangte die AfD gegen die gleichstarke FDP-Fraktion Stimmrecht im Kreisausschuss und den meisten Fachausschüssen. Ihre Wirkung war trotzdem gleich Null, haben sie doch

häufig gefehlt, fast immer geschwiegen und gerade mal einen Antrag gestellt, nämlich einen Änderungsantrag zur Abfallentsorgung.

Auffällig waren sie vor allem dadurch, dass die Abgeordneten Frank Rathmann und Gabriele Kesten vergeblich versuchten, die Kreisvorsitzende und jetzige Landesvorsitzende Dana Guth aus der Fraktion auszuschließen. Die Gründe dafür scheinen überwiegend persönlicher Natur zu sein. Bis zur gerichtlichen Klärung will Guth im Kreistag bleiben, danach zu Gunsten von Lars Steinke zurücktreten. Rathmann und Kesten sind zum April aus der AfD-Fraktion ausgetreten und haben eine neue Fraktion mit dem Namen „Unabhängige Mandatsträger

Göttingen“, kurz: UMG gegründet. Es darf bezweifelt werden, dass sich Steinke besser mit Rathmann und Kesten versteht, ist er doch von Guth als Fraktionsmitarbeiter im Landtag beschäftigt worden. Steinke ist Landesvorsitzender der Jungen Alternative und steht der Identitären Bewegung nahe.

Außerhalb des Kreistages ist die AfD noch mit drei Mandaten im Stadtrat Herzberg und mit einem im Gemeinderat Walkenried vertreten. Die Fraktion in Herzberg ist bisher zusammengeblieben: Rathmann scheint hier mit Sebastian Guth besser zurecht zu kommen als mit dessen Mutter. Besonders aktiv ist aber auch hier die Fraktion nicht.

Im Kreistag gibt es die AfD jedenfalls nicht mehr, auch die UMG wird jetzt ihr Stimmrecht in den Ausschüssen verlieren. Aber noch unwirksamer als bisher kann die AfD sowieso nicht werden.

(E.F.)

Die IPPNW Regionalgruppe Göttingen lädt ein:



Vortrag und Diskussion mit
Dr. jur. Wolfgang Bittner

Die USA-EU-Russland-Krise: Hintergründe und Strategien

Mittwoch, 13. Juni 2018, 20:00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung,

Göttingen, Holbornsches Haus, Rote Straße 34

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs lebt die Weltgemeinschaft mit der atomaren Bedrohung. Während sich die Gefahr eines dritten Weltkriegs und damit einer möglichen Auslöschung der Menschheit in den letzten Jahren wieder dramatisch zugespitzt hat, ist die subjektive Wahrnehmung dieser katastrophalen Situation bei der Bevölkerung so gering wie nie zuvor. Das hängt nicht nur mit einem zunehmenden Desinteresse an Politik und dem Rückzug ins Private zusammen, vielmehr ist es auf die Intransparenz der angespannten Situation zurückzuführen.

Referent:

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner wird über die Entwicklung zum West-Ost-Konflikt sowie über Hintergründe und Strategien der aktuellen Politik sprechen. Der in Göttingen lebende Referent studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Seine mehrfach mit Preisen ausgezeichneten und in zahlreiche Sprachen übersetzten Werke schreibt er für Erwachsene, Jugendliche und Kinder. 2017 erschien sein sehr erfolgreiches Buch „Die Eroberung Europas durch die USA“. Die Nürnberger Zeitung schrieb über ihn: *„Wolfgang Bittner ist einer von jenen, die in kein Klischee passen.“*

